

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich aml. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Krieger.
Druck und Verlag der Firma Schmidt'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Rh.

Abonnementpreis: Die 52 Nummern = 2.00 Mk. oder 2.10 Mk. wenn man die 52 Nummern 2.10 Mk. Abonnementpreis: Die 52 Nummern = 2.00 Mk. oder 2.10 Mk. wenn man die 52 Nummern 2.10 Mk. Abonnementpreis: Die 52 Nummern = 2.00 Mk. oder 2.10 Mk. wenn man die 52 Nummern 2.10 Mk.

Nummer 275

Limburg, Montag, den 29. November 1920.

83. Jahrgang

Oberschlesien als Bundesstaat.

Der deutsche Reichstag hat mit überwältigender Mehrheit das Gesetz über die Bildung eines Landes Oberschlesien angenommen. Abgelehnt haben dieses Gesetz nur die Deutsch-Nationalen und Links-Unabhängigen. Die letztere Partei hat kein Interesse an der Abstimmung. Sie hat kein Interesse daran, ob Oberschlesien bei Deutschland verbleibt, und sie hat diese Auffassung mehr oder weniger deutlich auch mehrfach zum Ausdruck gebracht. Sie erwartet eine Neugestaltung der Verhältnisse von der Weltrevolution, ihr ist Rußland näher als Oberschlesien. Es lohnt nicht, darüber weitere Worte zu verlieren. Wir sind gewiß, daß der Tag kommen wird, an dem die Deutsche Arbeiterkraft auch mit diesen Leuten abrechnen wird. Die Deutsch-Nationalen haben geglaubt, gegen das Gesetz stimmen zu müssen, weil sie darin den Beginn der Zerschlagung Preußens erblickten. Sie haben sich nicht belehren lassen, daß es sich hier überhaupt nicht um eine prinzipielle Frage handelt, sondern daß außergewöhnliche Verhältnisse in Oberschlesien eine solche außergewöhnliche Maßnahme nötig gemacht haben. Die Frage der Neugliederung des Reiches wird erst später abgeklärt werden müssen, wenn nämlich das Ausführungsgesetz zum Artikel 18 der Reichsverfassung dem Reichstage vorliegen wird. Dann können alle Parteien ganz unabhängig von der Vorlage über Oberschlesien Stellung nehmen. Die jetzige Vorlage ist keineswegs eine Präjudiz für die Anwendung des so viel umstrittenen Artikels. Wir müssen alles tun, um Oberschlesien in Deutschland zu erhalten, und wir müssen, wenn dieses Land in Deutschland bleibt, auch der besonderen Eigenart der Bewohner gerecht werden. Jetzt handelt es sich um nichts anderes als um Oberschlesien, und gerade diejenigen, die jetzt die Zerschlagung Preußens fürchten, hätten am ehesten für das Gesetz stimmen müssen. Denn, wenn Oberschlesien dem Reiche verloren gehen sollte, so wird der Verlust am härtesten Preußen treffen. Dazu wird es aber jetzt nicht kommen, denn die oberschlesische Bevölkerung, die sich jetzt ihr Schicksal selbst gestalten kann, weiß, was sie von den polnischen Forderungen zu halten hat, und wir sind gewiß, daß die Oberschlesier mit der Aussicht, ein Bundesstaat zu werden, eine sichere Zukunft nur im Rahmen des deutschen Reiches sehen werden.

Freude in Oberschlesien.

Beuthen, 26. Nov. (WZ.) Die Meldung von der Annahme des Autonomiegesetzes wurde gestern in Oberschlesien durch Extrablätter verbreitet. Die deutschen oberschlesischen Morgenzeitungen äußern heute übereinstimmend ihre Freude über die Annahme des Gesetzes und sehen in dem Gesetz das wichtigste Mittel zum Siege in der bevorstehenden Abstimmung. Die „Vollstimme“, das Organ der katholischen Volkspartei schreibt, daß dieses Ergebnis ein Wendepunkt in der Geschichte Oberschlesiens sei. Welche Fälle von Macht und neuen Rechten das oberschlesische Volk erhalten werde es in ruhigen Zeiten empfinden. Die deutschnationalen „Oberschlesische Morgenzeitung“ schreibt: Dieser Schritt der Lösung Oberschlesiens von Preußen ist Preußen äußerst teuer gefallen. Wir sind der festen Überzeugung, daß das Deutschstum in Oberschlesien in dem bevorstehenden Abstimmungslampf siegreich aus der Wahlurne hervorgehen wird.

Mißtrauen gegen die französischen Terminbestimmungen.

Zu der Mitteilung des französischen Ministerpräsidenten über den Abstimmungstermin in Oberschlesien äußern sich die Morgenblätter übereinstimmend dahin, daß es sich allein um einen Termin handelt, der sich nach der Wahlurne richten muß, und daß dieser Termin nicht durch die französische Regierung zu schaffen. Die „Oberschl. Vollstimme“ schreibt, daß die Nachricht mit größter Vorsicht aufzunehmen sei. Eine Abstimmung am 15. Januar wäre zweifellos überholt. Bis her seien noch keinerlei amtliche Abstimmungslisten aufgestellt, und es steht auch noch nicht fest, wer von den Oberschlesiern, die zurzeit in Oberschlesien wohnen, aber nicht dort geboren sind, abstimmungsberechtigt ist. In diesem Augenblick, in dem die Abstimmungsvorbereitungen mit Hochdruck betrieben werden müssen, wenn der Termin eingehalten werden sollte, löse die interalliierte Kommission in Opatowitz die ganze Angelegenheit verwalte, das als Grundlage für die Aufstellung der Abstimmungslisten benutzt werden müsse.

Verbot der Agitation für Priester.

Breslau, 26. Nov. (WZ.) Der Fürstbischof erläßt eine oberhirtliche Verordnung, wonach er im Hinblick auf die zahlreichen Klagen und betrübende Vorgänge im oberschlesischen Abstimmungsgebiet nach eingehender Verhandlung mit dem heiligen apostolischen Stuhle zum Schutze der Würde des geistlichen Standes und der bedauerlichen Interessen der Kirche des Klerus und der Gemeinden sich genötigt sieht, die Strafe der Suspension allen Priestern und Klerikern bei Strafe der Nationalität und Sprache strengstens zu verbieten, an einer politischen Demonstration teilzunehmen oder irgendwelche politische und andere Reden ohne ausdrückliche Erlaubnis des örtlichen zuständigen Pfarrers zu halten.

Polen läßt Oberschlesien hungern.

Beuthen, 26. Nov. (WZ.) Nach einem Schreiben der interalliierten Kommission an das Gewerkschaftsamt ist noch nicht ein Zehntel der vertraglich zu liefernden Kartoffelmengen aus Polen in Oberschlesien eingetroffen. Große

hete Kartoffelmengen seien vor dem Frostseintritt kaum zu erwarten. Die Schuld an dem Ausbleiben der Kartoffeln tragen allein die polen Lieferanten.

Die polnischen Truppenbewegungen

Berlin, 26. Nov. (WZ.) Die polnische Gesandtschaft hat dem Auswärtigen Amt am 23. November abends folgende schriftliche Mitteilung übergeben: Ein vom 13. November datierter Anspruch aus Königswusterhausen verbreitet die Nachricht von einer angeblichen polnischen militärischen Demonstration und von der Zusammenziehung polnischer Truppen in den der Danziger und schlesischen Grenze benachbarten Gebieten. Die polnische Gesandtschaft ist in der Lage, diese Mitteilung als nicht der Wirklichkeit entsprechend in kategorischer Form zu dementieren. Die einzelnen Truppenbewegungen, die tatsächlich in diesen Gebieten stattfanden, wurden lediglich auf Grund des normalen Demobilisationsbefehls ausgeführt, der die allmähliche Rückkehr der an der polnisch-bolschewistischen Front stehenden Truppen vorsieht.

Annahme der preußischen Verfassung.

Die Preussische Landesversammlung nahm gestern in dritter Lesung die preussische Verfassungsvorlage an. Im Lauf der Debatte gab Minister Severing folgende Erklärung ab: Ein Vorentwurf einer Vorlage für die Autonomie der Provinzen wird schon in den nächsten Tagen zu kommissarischer Beratung kommen. Die Vorlage soll noch vor dem Auseinandergehen der Landesversammlung veröffentlicht werden.

Beschneidung des Heeresetats.

Berlin, 26. Nov. (WZ.) Im Hauptausschuß des Reichstags wurde ein sozialdemokratischer Antrag, von der Gesamtlösung der Kosten für Waffen, Munition und Heeresgerät von rund 256 Millionen Mark 65 Millionen zu streichen, mit Unterstützung der Unabhängigen und des Zentrums angenommen. Minister Geßler erklärte, daß die Heeresverwaltung durch den Beschluß in die größten Schwierigkeiten kommen könne, da der Hauptteil der angelegten Gelder nicht für die Beschaffung von Munition, sondern für unentbehrliche Instandhaltungsarbeiten bestimmt sei und noch dazu den ganzen Jahresbedarf darstelle.

Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein und Ostpreußen am 20. Februar.

Berlin, 26. Nov. Die Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein sind am 20. Februar 1921. In einer Besprechung der Regierungsvorstände und Vertreter der Reichstagsfraktionen wurden die von der Regierung ausgearbeiteten Ausführungsbestimmungen gutgeheißen.

Der „Fall Spiro“.

Die „Post Ztg.“ meldet aus Hamburg: Bei den im Zusammenhang mit dem Fall Gruber im Reichstag beschlossenen Kapitalübertragungen des Inhabers der Hamburger Firma Bann-Spiro, Bruno Spiro, handelt es sich, wie jetzt berichtet werden kann, tatsächlich um Verschleubungen in das Ausland im Werte von über 100 Millionen Mark. In Spiros Villa sind Schmuckstücke und Perlen beschlagnahmt worden, wovon ein einziges Stück einen Wert von fünf Millionen darstellt. Angeblich sollen diese Gegenstände, wie die „Hamburger Nachrichten“ erfahren, Eigentum der Frau Spiro sein. Eigentümlich ist nur, daß Spiro angeblich nur 10 000 Mark zur Gewinnsteuer angemeldet hat. Ein neutraler Ausländer, der an Schiebung beteiligt sein soll, ist ebenfalls verhaftet worden. Im übrigen ist nach dem gleichen Blatt Spiro schon seit langem als Schieber verdächtig gewesen und stand im Verdacht, Militärwaffen in das Ausland verschoben zu haben.

Legues über Deutschlands Leistungen.

Paris, 26. Nov. Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten hörte gestern einen Vortrag des Ministerpräsidenten Legues über die auswärtige Politik. Er erklärte, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Abkommen von Spa, was die Kohlenlieferung und die Entwaffnung anbetreffe, erfülle; die geleisteten Vorleistungen jedoch, die zur Verbesserung der Lage der deutschen Bergarbeiter hätten dienen sollen, würden ihre Bestimmung nicht finden. Ministerpräsident Legues ist der Ansicht, daß die in Oberschlesien festzustellende Erregung innerhalb der Bevölkerung die baldige Volksabstimmung notwendig mache. Zahlreiche geheime Waffendepots wurden bei den Einwohnern entdeckt. Eine Frage sei noch zu lösen, ob man die Oberschlesier, die außerhalb Oberschlesiens wohnen, an der Volksabstimmung teilnehmen lassen solle. Die verbündeten Regierungen würden demnächst über diese Frage eine Entscheidung treffen. Die Volksabstimmung findet am den 15. Januar statt. Ministerpräsident Legues sprach alsdann von der Reise des Reichslanzlers und des Außenministers ins Rheinland. Die beiden Staatsmänner hätten dort lehrreiche und kriegsartige Reden gehalten. Der französische Oberkommissar habe die verbündeten Regierungen von dieser Tatsache in Kenntnis gesetzt und es seien in Berlin diesbezügliche Vorstellungen erhoben worden. Wenn ein ähnlicher Fall sich erneuern würde, würden energische Maßnahmen ergriffen werden.

Das deutsch-niederländische Kredit- und Kohlenabkommen.

Berlin, 27. Nov. Die deutsche Regierung hat der niederländischen mitgeteilt, daß sie bereit sei, das Kredit- und Kohlenabkommen vom 11. Mai d. Js. nunmehr zu ratifizieren.

Der Transport von Kartoffeln und Düngemitteln.

Der Reichstag hat eine Anfrage im Reichstag wie folgt beantwortet: Der Eisenbahnverwaltung ist es bekannt, daß die Wagenanforderungen für Düngemittel, insbesondere auch für Kali zurzeit nur in unzulänglichem Maße gedeckt werden. Der Grund für die ungünstige Wagenverteilung liegt vornehmlich darin, daß die bedeckten Güterwagen, in denen die Düngemittel sonst befördert werden, augenblicklich sehr stark für Kartoffeltransporte in Anspruch genommen werden, die im Interesse der Volksernährung nicht zurückgestellt werden können. Die Einfuhr der für die Winternahrung bestimmten Kartoffeln vollzieht sich leider nur langsam, weil die Sendungen im großen und ganzen, weite Wege zurücklegen haben, so daß der Wagenumlauf ziemlich lange dauert. Die Abbeförderung der Düngemittel hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 200 000 Doppelzentner mehr betragen, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Diese günstige Verfrachtung hat zur Hauptsache in den Frühjahrsmonaten stattgefunden. Als dann die Wagonforderungen zurückgingen, hat sich die Eisenbahnverwaltung bemüht, die Landwirtschaft und die Düngemittelindustrie für den Bezug der Düngemittel im Sommer zu interessieren. Leider sind ihre Bemühungen aber erfolglos geblieben, obgleich sie wiederholt darauf hingewiesen hat, daß die bedeckten Wagen in den Herbstmonaten in erster Linie zur Abfuhr der Ernte verwendet werden müßten und somit zur Düngemittelbeförderung nur in sehr beschränktem Umfang zur Verfügung stehen würden. Die Eisenbahnverwaltung ist sich der Bedeutung bewußt, die der Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln zukommt, und ist dauernd bemüht, durch geeignete Maßnahmen die Befriedigung der Wagenanforderungen nach Möglichkeit zu verbessern; es steht zu hoffen, daß es ihr nach der Abwicklung der Kartoffeltransporte gelingen wird, den Düngemittelverkehr ohne nennenswerte Ausfälle zu bedienen.

Das Elend der deutschen Kinderwelt.

Berlin, 26. Nov. (WZ.) Vor Vertretern der Presse gab Geheimrat Krosch ein Bild über das Elend der deutschen Kinder. Durch die Hungerblase hat Deutschland 200 000 Menschen verloren und hatte außerdem einen Verlust an Geburten von vier Millionen. Seit Kriegsende hat sich der allgemeine Ernährungsstand nicht gebessert. Geradezu erschütternd ist es bei den Kindern, wo die Verhältnisse bei den Kindern von 2. bis 6. Lebensjahre und bei den Schulkindern geradezu katastrophal sind. Besonders vier Krankheiten treten in erschreckendem Maße auf. Anämie, Strupulose, Tuberkulose und Rachitis, wobei sich der Mangel an Milch besonders ungünstig macht. Besonders die Tuberkulose wirkt in grauenhafter Weise. Hatte Deutschland 1913 eine Sterblichkeit von 13 auf 10 000 an Tuberkulose, so hat die Sterblichkeit jetzt erschreckend zugenommen und betrug 1919 23 auf 10 000. Sie wird auch in diesem Jahre nicht geringer sein. Besonders traurig ist die allgemeine Durchseuchung mit Tuberkulose, wobei die schlechten Wohnungsverhältnisse entscheidend mitwirken. Neuerdings kommt bei den Kindern besonders Rachitis hinzu. Man beobachtet Knochenbiegungen und Knochenbrüche bei Kindern bis zum 18. Lebensjahr. Im Wachstum sind Tausende von Kindern zurückgeblieben. Die Blutarmerie hat auch zur Folge, daß die geistige Veranlagung der Kinder zum Teil schwer gelitten hat.

Zu der in ganz Deutschland begonnenen großen Sammelaktion unter der Parole „Kinder in Not“ hat der preussische Wohlfahrtsminister eine Schrift an die Öffentlichkeit gegeben, die durch zahlreiches Material den erschreckenden Zustand der Gesundheitsverhältnisse der deutschen Kinder darlegt. Die Schrift enthält eingehende Statistiken über das furchtbare Wüten der englischen Krankheit und der Tuberkulose unter den deutschen Kindern. Zu der Forderung der Wiedergutmachungskommission auf Abfederung von über 800 000 Milchkuh wird gesagt: Ob es 800 000 oder gar 4 000 000 Milchkuh sind, ob die Wegnahme auf einmal geschieht oder zu verlangsamter Qual sich auf mehrere Jahre erstrecken soll, bleibt sich gleich. Wir können bei unserer jetzigen Ernährung und unserem Gesundheitszustand nicht eine Milchkuh, nicht einen Liter Milch entbehren. Als Beispiel für die mangelhafte Verpflegung der deutschen Kinder wird angeführt, daß in einer Berliner Gemeindeschule von 650 Kindern 305 kein Hemd an oder nur elende Lumpen auf dem Leibe hatten. Mehr als die Hälfte der Kinder sah zu Hause keinen Tropfen Milch. Auch die deutschen Entbindungsanstalten, Mütterheime, Säuglingsheime und Kinderkruppen sind auf das äußerste gefährdet, da es ihnen an den notwendigsten Mitteln fehlt. Von den Kruppen haben bereits 25 Proz. geschlossen. In allen Teilen Berlins fanden am gestrigen Sonntag große Volksversammlungen statt, in denen hervorragende Redner und Vertreter aller Parteien auf die große Not der deutschen Kinder hinwiesen.

Eine Regulierung des Binger Lochs.

Berlin, 26. Nov. (WZ.) Auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Beder-Hessen (D. Sp.) wegen Gefährdung und Behinderung der Rheinschifffahrt durch das Binger Loch erwiderte Ministerialdirektor Ottmann heute im Reichstag, dieser Uebelstand sei der Regierung bekannt. Die Vorarbeiten für eine Regulierung seien im Gange und ein Projekt sei bereits ausgearbeitet. Eine endgültige Regulierung werde sich erst nach dem Uebergang der Wasserkraften auf das Reich, also nach dem 1. April 1921, durchführen lassen. Wir können dann darauf rechnen, daß nach etwa drei Jahren die Herstellung einer Fahrtrinne gewährleistet ist.

Fransöfische Fürfprge für die deutfchen Gräber in Frankreich.

Paris, 26. Nov. (WZ.) Die franzöfifche Regierung hat der Kammer einen Gefeszentwurf unterbreitet, um das Gefes vom 29. Dezember 1915, betreffend die Gräber aller Soldaten des Landheeres und der Marine der franzöfifchen und alliierten Heere, die während des Krieges geftorben find, auch auf die deutfchen Gräber in Frankreich anzuwenden. Dieser Gefesentwurf ift nach den Bestimmungen des Artikels 225 des Friedensvertrages ausgearbeitet, der der franzöfifchen Regierung die Verpflichtung auferlegt, die deutfchen Gräber zu refpektieren und zu unterhalten. Die bereits vorhandenen deutfchen Gräber follen erhalten bleiben, die Einzelgräber follen zufammengelegt werden.

Die Austreibung unferer Landsleute aus den Kolonien.

Berlin, 26. Nov. (WZ.) Im Reichstag wurde auf die Anfrage der deutſchen Volkspartei von der Regierung erklärt: Nach dem Friedensvertrage können die deutſchen Güter in den deutſchen Kolonien liquidiert werden. Auch in Samoa wird von der neuseeländifchen Verwaltung von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Am 16. Juni hat der Dampfer „Main“ Apia mit 300 Deutſchen an Bord verlaſſen. Die Abreisenden erhielten 800 Mark je Kopf und durften nur perſönliche Effekten mitnehmen. Die Behandlung beim Abtransport war unwürdig und darauf angelegt, die Deutſchen in den Augen der Eingeborenen herabzufehen. Die Regierung ließ wiederholt eindringliche Vorftellungen bei der britiſchen Regierung erheben. Alle Schritte blieben erfolglos.

Frankreichs Oſtpolitik.

Paris, 26. Nov. (WZ.) Gegenüber der geſtrigen Darſtellung der Pariſer Preſſe, als ob die Erklärungen des Miniſterpräſidenten vor dem Kammerauſchuſſ für auswärtige Angelegenheiten bezüglich der Haltung Frankreichs Rußland gegenüber eine Aenderung der franzöfifchen Politik darſtellten, führt eine Haſasnote aus, daß dies nicht der Fall ſei. Vergangenes habe vollſtändige die Stellungnahme der früheren franzöfifchen Regierungen Sowjetrußland gegenüber beibehalten. Die franzöfifche Regierung erſenne Sowjetrußland nicht an. Frankreich befindet ſich aber auch nicht in einem Kriege mit Rußland und es gebe für die franzöfifche Regierung auch keine Bedrohung der ruſſiſchen Regierung und private Kreiſe könnten nach wie vor Handel mit Rußland treiben, und zwar mit wem ſie für gut finden. Nur könnten die mit Rußland Handel Treibenden nicht die franzöfifche Regierung in Anspruch nehmen, wenn ſie die Waren nicht erhielten. Dieser Standpunkt bede ſich vollkommen mit dem Willens.

Ein bolſchewiſtiſcher Heeresbericht.

London, 26. Nov. (WZ.) Ein Moſkauer Kunſpruch meldet: Nördlich von Moſky haben die von uns verfolgten Ueberreſte der Armee Balachowitsch die Zypa überſchritten und fliehen nach Weſten. In den Kämpfen gegen Petſjura haben wir 12 000 Gefangene gemacht und 20 Panzerwagen, 25 Geſchütze und 60 Maſchinengewehre erobert.

Eine öſterreichiſche Bitte an Deutschland.

Wien, 27. Nov. Die öſterreichiſche Regierung hat ſich an die deutſche Regierung gewandt mit der Bitte, ihr vorſchubweiſe 600 Waggons Mehl zu überlaſſen, und hat verſprochen, das Mehl ſpäter aus amerikaniſchen Transporten für Öſterreich, die in Rotterdam erwartet werden, zurückzugeben.

Die franzöfifchen Kriegsverluſte.

Paris, 26. Nov. (WZ.) Der Abgeordnete Marin hat der Kammer einen Reſolutionsentwurf unterbreitet, um den Auſchuſſ für Heer und Marine zu erſuchen, den genauen Verluſt an Menſchenleben aller kriegsführenden Staaten feſtzuſtellen. Dem Entwurf iſt eine Begründung beigegeben, in dem ungefähre die Zahl der Verluſte aller am Kriege beteiligten Staaten angegeben wird. Die Verluſte Frankreichs bis zum Juli 1919 werden auf 1 383 000 geſchätzt, was einem Prozentsatz von 16,44 Prozent aller mobilisierten Staaten gleichkommt.

Irland.

Amſterdam, 26. Nov. (WZ.) Wie aus London gemeldet wird, erklärte Lloyd George in der geſtrigen Sitzung des Unterhauſes, die Regierung ſei bereit, in Irland Verhandlungen über die Regelung der beſtehenden Streitfragen einzuleiten. Solche Verhandlungen müßten jedoch ſeitens Ir-

lands durch die Sinnfeinmittglieder des Parlaments geführt werden. — Der Führer der Sinnfeiner, Moron, wurde bei einem Kluſtverſuch erſchoſſen. Die bei der Durchſuchung der „Liberty Hall“ verhafteten Arbeiterführer wurden wieder freige-laſſen.

Wiedereinſtellung deutſchfreundlicher Offiziere in Griechenland.

Paris, 26. Nov. Nach einer Haſasmeldung aus Athen ſind bis jezt acht Generale und 1211 Offiziere, die Beniſelos aus dem Heere entlaſſen hat, weil ſie deutſcher Sympathie verdächtig waren, wieder in ihre Stellung eingefezt worden. Das gleiche gilt für zahlreiche Beamte und Prieſter. Nach der gleichen Meldung ſoll Baron Schend von Schweinsberg zum Chef des Preſſebüros im Miniſterium für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden ſein. Am Sonntag ſollen zu Ehren des hier angekommenen Prinzen Nikolaus größere Rundgebungen ſtattfinden.

Wie ſieht es mit dem Preisabbau?

Wiesbaden, 25. November.

Zur Erörterung der brennenden Frage des Preisabbaus ſand auf Veranlaſſung des Regierungspräſidenten Dr. Momm im Wiesbadener Rathaus heute eine Tagung ſtatt, zu welcher Einladungen an alle Magiſtrate und Landräte, ſowie an alle Preisprüfungsstellen des Regierungsbezirks Wiesbaden, ſerner an die Preisprüfungsorgane des Regierungsbezirks Kaſſel und des Kreiſtaates Heſſen, ſowie an die mit der Bekämpfung des Wuchers befaßten Behörden, an die Staatsanwaltschaften, Landespolizeiamter und Wucherämter, an die Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammern, Gewerſchaften, Verbraucherkreiſe uſw. ergangen waren.

Die Beteiligung war aus allen behördlichen und wirtſchaftlichen Kreiſen außerordentlich ſtark.

Regierungspräſident Momm führte nach Begrüßung der Erſchienenen einleitend aus, daß die Tagung dazu dienen ſolle, Verſtändnis für die Urfachen der Preisbildung zu gewinnen, und die Mittel und Wege zu erörtern, auf denen den Auswüchsen der Teuerung, dem Wucher und Schleichhandel zu begegnen ſei.

Der geſchäftsführende Vorſitzende der Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Doktor Buſch, Direktor des Statiſtiſchen Amtes der Stadt Frankfurt a. Main, ging dann in längerem Vortrag auf die Frage des Preisabbaus ein. Der Ruf nach Preisabbau ſo führte er aus, wird heute überall laut erhoben. Was will er beſagen? Der Verbraucher bringt damit zum Ausdruck, daß die Koſten des Lebensbedarfes zu ſeinen Einnahmen in trafen Mißverhältnis ſtehen und ihm eine auskömmliche Lebenshaltung nicht ermöglichen. Was kann nun geſchehen — abgesehen von den wirtſchaftlichen und weltwirtſchaftlichen Einflüſſen —, um einer Preisentwertung die Wege zu ebnen. Die Deſſenſchkeit glaubt nach behördlichen Eingriffen zu ſollen. Es kann aber nicht eindringlich genug betont werden, daß weder Gewaltmaßnahmen der Behörden, noch etwa Gewaltmaßnahmen der Verbraucher eine Gefundung des Wirtſchaftslebens erzwingen können. Höchst- und Höchstpreise haben erfahrungsgemäß meiſt die Ware vom Markt vertrieben und ſie dem Wucher und Schleichhandel recht zugeführt. Der Uebergang von der Zwangswirtſchaft zur freien Wirtſchaft bedarf einer gewiſſen Friſt, in der Qualitäten und Preise der Waren ſich ausgleichen.

Eine gewiſſe Gefundung beginnt ſich anzubahnen. Es wäre verfehrt, ſie durch zwangſeigende Driffe zu fördern. Die zwangsweiſe Herabſetzung der Preise etwa unter gleichzeitiger Herabſetzung der Löhne zu einem beſtimmten Zeitpunkt würde ſich zwar gegen die Entwertung des Geldes richten, auf die Herbeiführung eines angemessenen Verhältniſſes zwifchen Preis und Lohn aber ohne Einfluß ſein. Eine Löſung der Frage, ob mit dem Abbau der Löhne oder der Preise begonnen werden muß, iſt nur mit beiderſeitigen guten Willen möglich. Bei der Bekämpfung des Wuchers, die allgemein als Voraussetzung des Preisabbaues angeſehen wird, ſcheitern die Behörden vielfach an der Unmöglichkeit, den Wuchercharakter von Geſchäften zweifelsfrei feſtzuſtellen. Auf der Suche nach Schuldigen beſagt ſich das Gewerbe über den Handel, der Handel über den Wiſchenhandel, den Erzeuger, und der Erzeuger begreift nicht, warum ſeine Ware ſich auf dem Wege bis zum Verbraucher oft ſo erheblich verteuert. Hier kann nur praktiſche Aufklärungsarbeit in der Deſſenſchkeit und den beteiligten Wirtſchaftskreiſen ſelbſt helfen. Das gegenseitige Mißtrauen muß verſchwinden, die allgemeine

Geſchäftsmoral muß gehoben werden. Es iſt die einſichtige Mitwirkung der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher, überhaupt der gute Wille der Geſamtheit nötig. Nicht beſchränkte Reglementation kann Preisabbau erzwingen, ſondern Selbſtſucht der Verbraucher, Stärkung des Solidaritätsgefühls der Geſamtheit und Hebung der Geſchäftsmoral werden zur Gefundung unſeres Wirtſchaftslebens auch hinſichtlich der Preisbildung führen.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es ſchloß ſich daran eine Ausſprache, in welcher Vertreter aller beteiligten Kreiſe zum Wort kamen.

Zunächſt führte Regierungspräſident Momm noch aus, daß der Ruf nach Staatshilfe und behördlichem Eingreifen in dem Gefühl der Unſicherheit über den letzten Ausgang der Dinge ihre Urfache haben möge. Das franke Wirtſchaftsleben ruſe nach dem Arzt. Es liege aber zu einem weſentlichen Teil an jedem Einzelnen ſelbſt, mitzuhelfen, über die mißlichen Verhältniſſe hinwegkommen. Wenn das geſchehe, würde ein großer Teil der Gefahr der gegenwärtigen Situation verſchwinden. Präſident Bartmann-Ladde von der Landwirtschaftskammer meinte, der franke Volkskörper verlange gewiſſermaßen nach einem Naturarzt in dem Sinne, daß man aus der Zwangswirtſchaft baldmöglichſt in die freie Wirtſchaft wieder hineinkomme. Ein lebhaftes Augenmerk müſſe auf gewiſſe Paraſiten des Handels gerichtet werden. Vereinbarungen, wie ſie von den Meßgern unter Anregung der Bezirksleiſtungsstelle hiſtoriſch des Viehhandelsverbandes getroffen wurden, ſollten auch von anderen Gewerben aufgenommen werden. An die Entſcheidung der hohen Kartellpreise ſeien bis zu einem gewiſſen Grade auch die Preisüberbietungen der Verbraucher ſchuld. Notwendig ſei gegenseitiges Zufammenwirken und Vertrauen.

Herr Heimann von der Handelskammer Wiesbaden führte aus: Es gibt Gegenstände des täglichen Bedarfs, aber deren Preise wir nicht Herr ſind, nämlich die Auslandswaren, die wir notwendigerweiſe einführen müſſen. Unſere Balula iſt ein Spielball der Spekulation der ganzen Welt. So lange es nicht gelingt, hiergegen ein Mittel zu finden, iſt es nicht möglich, den Preisabbau in dem wünschenswerten Maß durchzuführen.

Regierungsrat Weber vom heſſiſchen Landespreisausschuſſe ſagte: Es tut not, aber ſie kann nur unter genauer Kontrolle und Kenntnis der Verhältniſſe erfolgen. Die Berufsstände müſſen einſehen, daß es ſo nicht weitergehen kann. Es handelt ſich nicht nur um Wucher, ſondern darum, daß einzelne Berufsstände viel verdienen, indem ſie noch die Friedensverdienſtſätze berechnen. Hier muß die Aufklärung einſetzen. Heſſen ſei gern bereit, in den Verhandlungen mit den Berufsorganisations mitzuwirken.

Bürgermeiſter Scheuern (Diez) wies darauf hin, daß die gegenwärtige Preisbildung zur Verblendung des ſogenannten Mittelſtandes geführt habe. Es müſſe auch die Verbraucherſchaft dahin aufgeklärt werden, daß ſie die Maßnahmen der Behörden unterſtütze. Dr. Hall vom Preußiſchen Landespolizeiamt redet das Wort dem Ausbau der Preisprüfungsstellen, die berufen ſeien, durch Kleinarbeit am Preisabbau mitzuwirken.

Herr Löwenſtein von ſeiten der Gewerſchaften führte aus, daß der gute Wille der Verbraucherorganisations oft an dem mangelnden Verſtändnis der Landwirtschaft geſcheitert ſei.

In der weiteren Diſkuſſion ſprachen ſich alle Redner für die Mitarbeit im Sinne der Ausführungen des Referenten aus, ſo daß die Hoffnung beſteht, daß gegenſeitige wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet und damit dem wirtſchaftlichen Preisabbau der Weg geebnet wird.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, der 29. November 1920.

Feſtgenommen wurde von der Polizei ein junger Mann, der mit geſchloſſenen Militärpapieren ſich am hieſigen Bahnhof eine Fahrlatte nach Berlin zu erſchwindeln verſuchte. Durch die Aufmerkſamkeit des Schalterbeamten wurde die Betrügerin rechtzeitig entdeckt.

Reichsnotopferabgabe. Die Annahme ſelbſtgezeichneter Kriegsanleihen zum Nennwert erfolgt nur bis zum 31. Dezember 1920. Die Vergütung von 4 Prozent bei Vorauszahlung in bar wird ebenfalls nur bis zu dieſem Termin gewährt. Nach dem 31. Dezember 1920 werden ſelbſtgezeichnete Kriegsanleihen nur mit den Steuerturſen von 75-77 Prozent in Zahlung genommen. Es kann alſo

Sie erröte ſich unter ſeinem dringenden Blick, aber ſie ſagte ſich ſchnell.

„Doch, einen Wunsch habe ich ſchon lange.“ „Wollen Sie ihn mir nicht nennen? Wenn es möglich iſt, möchte ich Ihnen dieſen Wunsch erfüllen, denn ich bin Ihnen viel Dank ſchuldig.“

„Dan? Woher?“

Er ſah ſie ſelbſt an.

„Dafür, daß Sie ſind, wie Sie ſind,“ ſagte er langſam.

Ihr Herz klopfte raſch und laut.

„Daran habe ich doch ſein Verdienſt.“

„Ich denke doch. Alſo — was haben Sie für einen Wunsch?“

Sie ſah ihn mit ihren Sonnenaugen an, daß es ihm warm ums Herz wurde.

„Nicht neben meinem Zimmer liegt ein runder Turm — da drüben —. Sie können ihn von hier aus liegen ſehen. Er hat einen Söller. Auf den Söller dieſes Turmes möchte ich einmal hinauf. Ueberhaupt — dieſer Turm iſt der einzige Teil des Schloſſes, den ich noch nicht beſichtigt habe. Er iſt verſchloſſen. Und ich möchte, wenn es geht, auch das Innere des Turmes beſichtigen. Sonſt bin ich ja in den entſtandenen Spulwinkeln geſeſſen, nur der Turm blieb mir verſchloſſen. Das reizt mich natürlich.“

Er ließ ſeinen Blick nicht von ihr. Die Sonne ſpielte auf dem herrlichen Blondhaar, das ihr Geſicht wie ein Heiligengleichen umgab.

„Alſo das Verbotene reizt auch Sie?“ ſagte er lächelnd.

„Ich weiß ja gar nicht, ob es verboten iſt. Sonſt würde es mich vielleicht noch mehr reizen.“

„Fürchten Sie nicht, ſo eine Art Blaubeerenkammer in dieſem Turm zu finden?“ ſagte er mit bitterem Spott.

Sie ſchüttelte den Kopf.

„Dann würde ich dieſen Wunsch nicht ausgeſprochen haben.“

„Nun, er ſoll Ihnen gern erfüllt werden. Aber erſt will ich den Turm einmal reſt beſichtigen und will für Licht und Sonne darin ſorgen. Er iſt ſehr lange abgeſchloſſen geweſen, und Sie ſollen nicht mit Staub und Spinnweben in Berührung kommen.“

(Fortſetzung folgt.)

Grifeldis.

Roman von H. Courtes-Mahler.

45)

(Nachdruck verboten.)

„Ich habe hinter dem Gebüſch verborgen, Ihrem Unter-richt ein Weiſchen beigegeben, Kräutlein von Konrad. Mein Töchterchen iſt beneidenswert. Sie haben eine große Gabe, den Unterrichtsgegenſtand zu beleben. Ich kann mich nicht entſinnen, jemals eine ſolch vergnügliche Rechenſtunde bei meinem Hauslehrer gehabt zu haben.“

Grifeldis war ein wenig rot geworden, als er plötzlich vor ihr ſtand. Aber ſchnell hatte ſie ſich wieder geſetzt.

„Ach, dann tun Sie mir herzlich leid. Ich habe auch in der Schule häßlich gehaßt, die mich ſchrecklich langweilten. Dazu gehört auch das Rechnen. Eine Zahlenreihe konnte mir direkt Grauen einflößen und da ſuchte ich mir dieſe Zahlenreihen zu beleben. Jede Zahl bekam ein Geſicht und verlor damit ihren Schrecken. Daraus habe, daß die Weiſheit für meinen jetzigen Beruf geſchöpft, daß man bei dem Schüler unbedingt auf irgendeine Art das Interſſe an dem Lehrgegenſtand wecken muß. So mache ich mir nun für alles eine vergnügliche Methode zurecht.“

„Und mit großem Erfolg,“ erwiderte der Graf und ſetzte ſich neben Gilda nieder. „Ich darf doch ein Weiſchen Bloß nehmen?“ ſagte er.

Grifeldis nickte munter.

„Ja, eine Viertelſtunde iſt jezt Pause.“

Er ſah wichtig nach der Uhr.

„Alſo eine Viertelſtunde darf ich bleiben. Wie ging es denn mit dem Rechnen, Schwalbchen?“ ſagte er ſein Töchterchen.

Gilda nickte vergnügt.

„Grifeldis ſagt, ich habe es gut gemacht.“

Er ſah über Gilda hinweg in Grifeldis Geſicht.

„Da biſt du aber froh, daß ſie mit dir zufrieden iſt.“

„Ja Papa, da bin ich immer froh.“

„Ich wäre es an deiner Stelle auch,“ ſagte er lächelnd.

Und ſah an Grifeldis wendend, ſagte er:

„Was kommt denn nachher an die Reihe?“

Grifeldis lachte.

„O, das ſchlimmſte Nach für meine kleine Schülerin ſchreiben.“

„Das iſt das Schlimmſte?“

„Ja, weil es mit abſolutem Stillsitzen verbunden iſt.“

Das beſagt uns nicht. Aber wir ſind tapfer, nicht wahr, Gilda?“

Gilda bejahte.

„Wenn ich ſchon geſchrieben habe, dann erzählſt du mir das Märchen von Prinzſſ Maienblüte zu Ende, die von dem böſen Ritterspott gefangen gehalten wurde. Du haſt es mir verſprochen, Grifeldis.“

„Gewiß und was ich verſprochen, halte ich auch.“

„Unter allen Umſtänden?“ ſagte der Graf.

Grifeldis nickte energisch.

„Unter allen Umſtänden. Ich verſpreche nie etwas, was ich nicht halten kann,“ erwiderte ſie.

Gilda ſprang davon, um auf der Parkwiſe Blumen zu pflücken. Als der Graf nun mit Grifeldis allein war, fragte er: „Wie gefällt es Ihnen in Treuſenſels auf die Dauer, Kräutlein von Konrad? Haben Sie noch keine Lange-weile gehabt?“

Sie ſchüttelte mit leuchtenden Augen den Kopf.

„Langeweile? Das iſt für mich ein ganz unbekannter Begriff. Und es gefällt mir von Tag zu Tag beſſer hier. Das iſt doch kein Wunder. Ich habe noch nie einen Kräu-ling erlebt wie dieſen. Unſere enge Mietwohnung mitten in in der Stadt ließ den Begriff Frühling nie ſo recht in mir lebendig werden. Aber hier! Ach, was iſt das für ein Grünen und Blühen. Ich habe das alles von Tag zu Tag wachſen ſehen. Und wenn ich oben aus meinem Fenſter auf das Blütenmeer zu meinen Köſen blicke, da könnte ich vor Freude weinen.“

Ihre ſchlichte Art rührte ihn.

„Alſo ſind Sie zufrieden mit der Ausſicht aus ihrem Fenſter?“

„Sehr!“

„Und ſonſt auch mit allem anderen?“

„Ja, Herr Graf.“

„So bleibt Ihnen kein Wunsch — gar keiner?“

... nur dringend empfohlen werden, von den Vergünstigungen bei Zahlung bis zum 31. Dezember 1920 Gebrauch zu machen. Er spart dadurch bei Eingabe von selbstgezeichneten Kriegsanleihen nahezu ein Viertel der Reichsnoteopfergabe. Eine Verlängerung der Frist für die Vergünstigungen über den 31. Dezember 1920 hinaus kann nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums nicht stattfinden. Annehmlichkeiten für das Reichsnoteopfer sind: 1. Die Zinsklasse nur für selbstgezeichnete und anderweit erworbenene Kriegsanleihen, 2. Die Landesbank hier und in Hadamar nur für selbstgezeichnete Kriegsanleihen und für Barzahlungen, 3. Die Zinsparafälle hier nur für selbstgezeichnete Kriegsanleihen und für Barzahlungen. Alle vorgeschriebenen Formulare für Zahlung des Reichsnoteopfers in bar oder durch Wertpapiere sind auf dem Finanzamt oder bei den oben bezeichneten Annehmlichkeiten zu erhalten. Weitere Auskunft wird jederzeit auf dem Finanzamt erteilt; dasselbst wird auf Verlangen auch die Höhe des vorauszahlenden Reichsnoteopfers sofort mitgeteilt.

Landwirtschaftliche Haushaltungsschule. Im Anschluß an die hiesige landwirtschaftliche Lehranstalt wird Anfang Januar eine landwirtschaftliche Haushaltungsschule für Landwirtschädler errichtet. Der Lehrplan umfaßt im wesentlichen drei Unterrichtsbereiche: Die allgemeine bildenden, die hauswirtschaftlichen und die landwirtschaftlichen Fächer. Der Unterricht in den allgemein bildenden und grundlegenden Fächern wird sich auf Deutsch und Bücherei, Rechnen und Naturkunde erstrecken. — In den hauswirtschaftlichen Unterweisungen wird neben einem kurzen Überblick über die Ausstattung, Heizung und Beleuchtung der Wohnung und Erlernung der wichtigsten Haus- und Handarbeiten, vor allem das große Kapitel der Nahrungsmittelherstellung und die häusliche Gesundheits- und Krankenpflege besprochen und außerdem die hauswirtschaftliche Buchführung angelehrt werden. — Als die wichtigsten landwirtschaftlichen Fächer werden berücksichtigt: der Garten- und Obstbau, die Geflügel- und Kleintierzucht, die Haltung, Züchtung und Pflege des Rindes und des Schweines und das Kalkereieisen. Der praktische Kochunterricht und die Unterweisungen in Haus- und Handarbeit werden in den Räumen des Schlosses, der theoretische Unterricht in den Schulräumen der landwirtschaftlichen Lehranstalt abgehalten. Der Unterricht, für den 45 Wochenstunden in Aussicht genommen sind, wird so gelegt, daß die Teilnehmerinnen auf Schülerkurse mit den Morgenstunden in Limburg eintreffen und abends rechtzeitig wieder heimfahren können. — Anmeldungen zum Kursus, der etwa drei Monate dauert, sind zu richten an Direktor Dr. Lütke, Bahnhofstraße, der auch zur Auskunftserteilung gern bereit ist. (Vergleiche die Anzeige in der heutigen Nummer.)

Weltorganisation zur Kinderhilfe. Der „New York Herald“ meldet eine große Weltorganisation, die in New York gebildet wird, um den Kindern Mittel und Ostasien zu helfen, und daß 33 Millionen Dollars vorgezogen sind, um 3,5 Millionen Kindern, die krank oder der Nahrung beraubt sind, zu helfen. Die Organisation wird als „Europäischer Hilfsrat“ nennen.

Aus dem Unterhahndreis, 27. Nov. Bedauerliche Ausschreitungen gelegentlich der Abhaltung von Tanzveranstaltungen, die in einem Falle zu Messerschereien geführt haben, haben das Landratsamt zu energischen Maßnahmen zur Eindämmung der Vergnügungssucht veranlaßt. Künftig ist für jede einzelne Tanzveranstaltungsfeier die Genehmigung des Landratsamtes einzuholen. Die genaue Einhaltung der Polizeistunde wird allorts zur Bedingung gemacht. Im Falle von Ausschreitungen wird für die betreffende Gemeinde die Genehmigung für alle öffentlichen Veranstaltungen für längere Zeit gesperrt.

Aus dem Unterhahndreis, 27. Nov. Kein anderer Landrat. Die Nachrichten über die Neubefestigung des Landratspostens für den Unterhahndreis entsprechen nicht den Tatsachen. Ein Landrat Scheuere wird auch weiterhin noch die Landratsgeschäfte führen.

Vom Westerwald, 26. Nov. Ueberall sind die Jagdgesellschaften am Treiben, um Ausbute zu machen. Fürs Jägers ist eine schwere Zeit gekommen. Es wird ihm wenig Trost bereiten, daß es im Aus gewaltig gestiegen, denn ein Vertreter aus der Familie „Damp“ wird heute mit ein m Preise bezahlt, der sich um 50 Mark bewegt. Das sind nämlich 1500 Prozent mehr wie in jenen Jahren, wo dieser beliebte Rückenartikel drei Mark als Grenzpreis hatte. Obwohl es war einmal. Für gewöhnliche Sterbliche wird das Jägersbraten darum einwillen nur eine hübsche Erinnerung an den

Seiden, 26. Nov. Einen schönen Fund machte gestern der Landjäger Zipp. Dieser fand nämlich auf dem Feldsteig 2 am heiligen Bahnhof ein verschüttetes Paket mit 16 Pfund Butter, das ein Landwirt oder Schieber aus Angst weil er den Landjäger Zipp bei Anknüpfung eines Juges in der Unterführung beobachtete, weggeworfen hatte. Sogleich in der Wüste, sobald „die Luft rein“ sei, es wiederholen.

Laubus-Gschach, 27. November. Ein Fuhrmann mit Wagen und zwei Pferden, der Fr. Hollmann Burgstels genannt, wollte gestern in Laubus-Gschach und Umgebung Hader machen. Wie es nun kam, kurzum in der Nähe des Bahnhofs unterhalb Laubus-Gschach fand der zufällig dort kommende Herr Larso den Fuhrmann in einer Blutlache liegend vor. Er transportierte ihn nach Laubus-Gschach, wo man den Verunglückten, der eine starke Verwundung am Kopf hatte, notdürftig verbinden konnte. Später wurde der Verletzte nach Weilmünster ins Krankenhaus transportiert. Als die Pferde und der Wagen angekommen, war man bis heute früh noch im Unklaren. Gestern abend gegen 7 Uhr lieferte ein herrenloses Fuhrwerk Weilmünster und heute früh um von Philippstein die telefonisch: Nachricht, daß dort das Fuhrwerk angehalten worden sei. Wie das Unglück geschehen, konnte bis zur Stunde noch nicht festgestellt werden.

Frankfurt, 23. Nov. In Groß-Ostheim am Main wurden am Sonntag morgen zu gleicher Zeit neun Schweine im Brand gesteckt, die sämtlich mit ihren reichen Vorräten verbrannten. Das Vieh konnte gerettet werden. Da der Brand an neun Stellen zugleich ausbrach, liegt zweifellos Brandstiftung vor.

Frankfurt, 25. Nov. Nach Mitteilungen der Frankfurter Zeitungen hat die Kriegswirtschaftsstelle Schöck a. M. heute ein Ausmaß zur Nachprüfung der Angelegenheit ein-

Frankfurt, 27. Nov. Möge jeder Taschendieb. Gestern nachmittag gelang es einem Kriminalwachmeister, in dem D-Zug nach München einen internationalen D-Zugdieb abzufassen, der gerade einer Dame im Gedränge eines Abteils zweiter Klasse zwei Hundert-Markscheine aus der Handtasche entwendet hatte. Es handelt sich um den angeblichen Reihenden Heinrich Lufschal.

Wiesbaden, 25. Nov. Der Exerzierplatz an der Schiersteiner Straße, der der Jugend ein beliebter Sport- und Spielplatz war, ist von den Franzosen zur Schaffung eines Stadions mit Rennbahn in Aussicht genommen. Auf Befehl des kommandierenden Generals des 30. Armee-Korps sind aus diesem Grunde die Spiele und der Verkehr auf dem Spielplatz verboten worden.

Kassel, 24. Nov. Im Gegensatz zu manchen anderen Bezirken hat der Regierungsbezirk Kassel ein sehr erfreuliches Ablieferungsergebnis von Brotgetreide zu verzeichnen. Wie eine bei den Kommunalverbänden angestellte amtliche Rundfrage ergeben hat, wurden an Roggen, Weizen und Gerste in den letzten drei Jahren von Beginn der Ernte bis zum 15. September folgende Mengen abgeliefert: 1918 562 615 Doppelzentner, 1919 350 634, 1920 520 551 Doppelzentner. Die Zahlen ergeben das erfreuliche Bild, daß im Regierungsbezirk Kassel die Getreideablieferung im Jahre 1920 die Lieferungen im Vorjahre ganz erheblich überstiegen hat, und sogar an das Ergebnis des Jahres 1918 herantreibt. Wenn man bedenkt, daß der Körnerertrag, vor allem des Roggens 1920 ganz erheblich geringer ausgefallen ist als im Vorjahre, so ist aus den diesjährigen Ablieferungszahlen zweifellos zu entnehmen, daß die Pflanzensorgfältigkeit der Landwirte im Regierungsbezirk Kassel eine sehr gute gewesen ist.

Berlin, 27. November. Raubüberfall. Der kleine Bahnhof Frieden zwischen Rheinsberg und Löwenberg wurde gestern von drei Berliner Erwerbslosen überfallen. Als der Stations- und Posthalter Wille, ein älterer Mann, mit seiner Frau und seiner Tochter in der Dienststube saß, stürzten plötzlich drei Männer herein und drohten, den Beamten zu erschlagen, wenn er den Versuch machen würde, sich zu erheben. Die Familie mußte zusehen, wie zwei der Räuber aus der Stationskasse und Postkasse 4380 Mark entwendeten und sich das Geld teilten. Der Stationshalter griff nun auch einem Jagdgewehr und schoß hinter ihnen her. Die Schüsse gingen jedoch fehl. Alle Nachbarkationen wurden benachrichtigt und die drei Verbrecher auf dem Bahnhof Oranienburg festgenommen und nach dem Amtsgerichtsgefängnis übergeführt.

Berlin, 27. Nov. Unterschlagung freiwilliger Spenden durch Berliner Studenten. Es warten schon seit langem Gerüchte verbreitet, daß Mitglieder der Berliner Studentenschaft das Vertrauen, das die Studentenschaft der Universität in sie gesetzt hatte, mißbrauchen sollten. In der letzten Sitzung der Studentenschaft wurden diese Gerüchte bestätigt. Danach wurde aus dem Unterstützungsfonds, der aus freiwilligen Spenden der Studenten gewährt wird, größere Beträge, etwa 48 000 Mark, unterschlagen. Im Verlauf der Debatte wurde der Student der Rechte, Biertimpel genannt, der früher Vorsitzender des Studentenausschusses war. Gegen Biertimpel wurde der Vorwurf erhoben, über 15 000 Mark aus dem Unterstützungsfonds entwendet zu haben, und zwar zu einer Zeit, da er nicht mehr dem Studentenausschuss angehörte. Die Anhänger Biertimpels konnten die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht entkräften und bestätigten die Unterschlagung dadurch, daß sie ihm das Versprechen abgaben, den gesamten Betrag im Laufe des heutigen Tages an den Unterstützungsfonds abzuliefern. Neben Biertimpel haben sich auch zwei Studenten, die ebenfalls der Rechtsgruppe der Studentenschaft angehören, Verschlingungen haben zusehender kommen lassen. Beide Studenten sollen aus Berlin geflüchtet sein. Die genannten Studenten, vor allem Biertimpel, haben sich in der Rapp-Bewegung gegen die republikanische Regierung betätigt und waren politische Werkzeuge des deutschen Nationalen Aktions Professor Dr. Eduard Mayer in der Berliner Studentenschaft.

Ein neuer Burgbrand.

Wermelskirchen, 26. Nov. (WZB.) Seit heute früh steht das Schloß Burg an der Wupper in Flammen. Die Feuerwehren aus der Umgegend sind zur Hilfeleistung herbeigeeilt.

Wermelskirchen, 26. Nov. Zu dem Brande des Schlosses Burg wird weiter gemeldet, daß das erste Stockwerk, worin das Bergische Landesmuseum mit unermesslichen Altertumschätzen untergebracht war, ein Raub der Flammen wurde. Die Arbeiter leiden unter empfindlichem Wassermangel. Nach den letzten Meldungen scheint es jedoch, daß die Haupträume zu retten sind.

Köln, 26. Nov. (WZB.) Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet: Bei dem Brand im Schloß Burg an der Wupper brach das Feuer zugleich an mehreren Stellen aus, so daß Brandstiftung vermutet wird.

Ein Schwindler

Berlin, 26. Nov. (WZB.) Der angebliche Oberleutnant Karl Heinz Hoffmann, der sich im Erfurter Garnisonlazarett als der Mörder Rosa Luxemburgs ausgegeben hat, wurde auf Grund des Erkennungsverfahrens als der Konkubitor Hermann Otte aus Lüneburg festgestellt. Er ist ein lange striedelnd gefuchter Einbrecher und Betrüger in vielen schweren Fällen. Seine Behauptungen über die Ermordung Rosa Luxemburgs stellten sich als gewöhnlicher Schwindel heraus.

Ein Mörder Kuphas.

Berlin, 26. November. (WZB.) Der kürzlich wegen Ermordung Kuphas verhaftete Mierozynski scheint tatsächlich einer der Täter zu sein. Die ihm gegenübergestellten Zeugen behaupten nach Blättermeldungen aus Breslau, ihn mit Bestimmtheit wiederzuerkennen.

Einsturz der Mont-Blanc-Spitze.

Die Radio-Agentur meldet aus Chamonix, daß die Pyramidenform des Mont Blanc gestern abgebrochen ist und in Gestalt einer furchtbaren Lawine über den Brentagletscher zu Tal ging. Ein ganzer Tannenwald wurde von der Lawine mitgerissen. Die Lawine kam bei dem italienischen Dorf Pourpoud zum Stillstand. Menschen sind scheinbar nicht zu Schaden gekommen, dagegen ist der Sachschaden auf italienischer Seite beträchtlich. Infolge dieses Sturzes hat der Mont Blanc nicht mehr die in den geographischen Büchern angegebene Höhe von 4810 Metern.

Dampferzusammenstoß.

Maaghluis, 26. Nov. (WZB.) Der deutsche Dampfer „Juno“ stieß zwischen Amröden und Maaghluis mit dem holländischen Fischdampfer „Camelia“ zusammen. Der holländische Dampfer sank. Fünf Mann der Besatzung werden vermisst. Der deutsche Dampfer ist beschädigt.

Hauswirtschaftliches.

Wachtung! Maggi's Erzeugnisse. — Maggi's Würste in Altschinken, Maggi's Suppen in Würstchen, Maggi's Fleischbrühen (kein Ersatz) — sind in bekannter Qualität wieder zu haben. Um sie echt zu bekommen, achte man auf den Namen Maggi. Andere Produkte stammen nicht von der Maggi-Gesellschaft.

Amtlicher Teil.

(Nr. 275 vom 29. November 1920.)

Bekanntmachung.

Dem August Petry in Liner ist heute die Genehmigung zum Weiterbetrieb der Leister von Ludwig Presber betriebenen Schrotmühle zum Verarbeiten von Hafer und Gerste erteilt worden.

Limburg, den 22. November 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
Schellen.

Dr. med. W. Schauss Chirurg und Frauenarzt.

Meine mit allen modernen Einrichtungen eines Spezialarztes ausgestatteten Praxisräume befinden sich im Hause

Obere Schiede 19^L

Sprechstunden tägl. von 2—4 Uhr nachm.
Sonntags von 10—12 vorm.
Sonst nur nach vorheriger Anmeldung.

Telefonnummer wird noch bekannt gegeben.

7/275

Moderne Transmissionsanlagen

für landwirtschaftliche Betriebe
liefert seit 1904 in fachgemäßer Ausführung
und prompter Bedienung

Aug. Kern, Maschinenbau und Reparaturwerkstätte LIMBURG

Nr. 9 Schaumburgerstrasse Nr. 9.

Bereits über 2000 mtr. geliefert; an eine Firma
allein über 120 mtr.

Ia. Brenntorf

für Industrie und Hausbrand empfiehlt waggonweise sowie
ab Lager Limburg 20/274

Alois Ant. Hilf Geruf 42.

Für unsere Leser in Euerich!

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß vom
1. Dezember 1920 ab der „Limburger Anzeiger“ von Familie
Karl Wilhelm Müller in Euerich
ausgetragen wird, wofür auch jederzeit Neubestellungen ent-
gegengenommen werden.
Verlag des „Limburger Anzeiger“.

Handwerksamt.

Die Geschäftsstunden sind
vom 1. Dezember ab jeden
Dienstag von morgens 8^{1/2}
bis 12^{1/2} Uhr festgesetzt. Gleich-
zeitig teilen wir mit, daß die
Geschäfte des Kreisverbandes
für Handwerk und Gewerbe
jetzt dem Handwerksamt über-
tragen sind. 18/274
Der Vorstand.
Dienstag, 20.

Zukunft!

Charakter, Eheleben,
Reichtum, Glück wird nach
Astrologie (Sterndeutung)
berechnet. Nur Geburts-
datum und Schrift einsend.
Viele Dankschreiben auf-
zuweisen

Thews, Hannover.
Postfach. 1/274

Statt besonderer Anzeige.

Heute vormittag verschied nach langem, schwerem Leiden mein geliebter Mann,
unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater und Urgrossvater, Herr

Theodor Ohl sen.

im 80. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitte!

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Johannette Ohl
geb. Oppermann.

3.275

Diez, Limburg, Aschersleben, den 27. November 1920.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 30. November, nachmittags 3 Uhr vorm
Trauerhause, Lorenzstrasse, aus statt.

Die Erde, Gemme n.
Fussbodenbelagarbeiten: Boden-
belag aus Asphalt, Beton-
platten od. Holzplanken für die
Ausbesserung des Fussbodens
des städtischen Flügels in der
Solomon-Ausbesserungswerk-
stätte Limburg/L., veranschlagt
zu 40 000 Mk., sollen ver-
geben werden. 6/275

Angebote hierzu können,
soweit der Vorrat reicht, zum
Preis von 6 Mk. das Stk.
post und besteuertfrei von
hier bezogen werden.

Die Angebote werden am
15ten Dez. 1920, vormittags
11 Uhr geöffnet.
Bollendungsfrist 3 Monate.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Limburg/L.
Eisenbahn-Betriebsamt

A. Henne,
Weierstrasse 16.

Konrad Grim, Limburg
Dr. Wolffstrasse Nr. 3.
Musikinstrumente
und Saiten pp. 2/219
Klavierstimmen, Reparaturen.

Handwerker
Gewerbebetriebe
erkennen Auskunft, Rat und Hilfe
in allen Angelegenheiten:
Wirtschaftsfragen
Kassenbuchführung
Fachliche Beratung
Büroarbeiten
Technische Rat
Forderungen
Buchführung
Durch die Geschäftsstelle
des Kreisverbandes
für Handwerk und
Gewerbe
Limburg a. d. Lahn
im Rathaus, Forum 20

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.
Beit.: Polizeistunde.

Auf Grund Ermächtigung des Herrn Ministers des
Innern hat der Herr Regierungspräsident unter Aufhebung
aller anderweitigen Bestimmungen betreffend die Polizeistunde
diese für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffees,
Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaulustigen
haltenden, öffentlichen Vergnügungshäusern aller Art, sowie
Bereits- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Ge-
tränke verabreicht werden, innerhalb des Regierungsbezirks
Wiesbaden auf 10 Uhr abends festgesetzt.

Im Hinblick auf die überaus bedrohliche Lage der
Kohlenversorgung erwartet der Herr Minister des Innern,
dass die Einhaltung der festgesetzten Polizeistunde gewissen-
haft überwacht und gegen Übertretungen unmissverständlich vor-
gegangen wird.

Von der mit erteilten Ermächtigung, einen früheren
Zeitpunkt als 10 Uhr für die Schließung der Wirtschaften
festzusetzen, beabsichtige ich vorläufig keinen Gebrauch
zu machen.

Die genaue Durchführung dieser Verfügung und der
Verordnung, betreffend die Ersparnis von Brennstoffen und
Beleuchtungsmitteln vom 11. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl.
S. 1355), die die Grundlage für die Festsetzung der Polizei-
stunde bildet, mache ich Ihnen besonders zur Pflicht.

Limburg, den 18. November 1920.

L. 3733.

Der Stadtrat.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 25. November 1920.

9/275

Die Polizeibehörde.

Diehzählung.

Am 1. Dezember 1920 findet im Deutschen Reich eine
Diehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh,
Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Feder-
vieh.

Bei der Ausführung der Zählung wird auf die entgegen-
kommende Mitwirkung der Ortsbewohner durch bereitwillige
Auskunftserteilung an die Zähler gerechnet.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse
der Diehzählung nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, dagegen
nicht zu Steuerzwecken benutzt werden dürfen.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er aufgefordert wird,
nicht erstattet oder willentlich unrichtige oder unvollständige
Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder
mit Geldstrafe bis zu hundert Mark bestraft; auch kann
Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil
„für dem Staate verfallen“ erklärt werden.

Limburg, den 26. November 1920.

4/275

Der Magistrat.

Bekanntmachung

über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Kraft
im Versorgungsgebiet der Rhein-Kraftwerke Aktien-
gesellschaft Höchst am Main.

Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichs-
kohlenkommissars wird mit Rücksicht auf die derzeitige Koh-
lenlage im Einverständnis mit den Vertrauensmännern des
Reichskohlenkommissars, Direktor Georg Kribben und Dipl.-
Ingenieur Alexander Klein, beide in Höchst a. Main, so-
gendes verfügt:

§ 1. a) Die Lichtabnehmer dürfen nicht mehr Strom ver-
brauchen wie im Vorjahre. Der höchste Jahresverbrauch
ab 1. Oktober 1920 darf 250 kWh nicht übersteigen mit
Ausnahme der im öffentlichen Interesse arbeitenden Institute
(Krankenhäuser, Schulen etc.).

b) Den Pauschalisten, d. h. denjenigen Abnehmern, die
den Strom in Pauschal beziehen, wird strengste Sparsam-
keit vorgeschrieben.

c) Kinobetriebe dürfen frühestens eine halbe Stunde
nach allgemeinem Ladenschluss mit der Vorstellung beginnen.
d) Die Schaufensterbeleuchtung ist derart einzuschränken,
dass je Schaufenster keinesfalls mehr als eine Glühlampe
mit einem Verbrauch bis zu 50 Kilowatt brennt.

e) Sind in einem Orte mehrere Säle vorhanden, so
dürfen an jedem Abend höchstens zwei Säle benutzt werden.

§ 2. Alle Kraftabnehmer dürfen ihre Motore in den
Monaten Dezember, Januar und Februar vormittags von
6 bis 8,30 Uhr und nachmittags von 4 bis 10 Uhr abends
nicht in Betrieb nehmen.

Von diesen Einschränkungsbestimmungen wird die Groß-
industrie insoweit betroffen, als ihr nicht wegen der Einschrän-
kung des Strombezugs besondere Verfügungen unmittelbar
zugehen.

§ 3. Wer gegen die vorstehenden Verfügungen verstößt,
wird unweigerlich auf vier Wochen außer Betrieb gesetzt und
sann außerdem mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit
einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser
Strafen bestraft werden.

§ 4. Vorstehende Bestimmungen treten mit dem Tage
ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Höchst a. M., den 23. November 1920.

Der Vertrauensmann

des Reichskommisars für die Kohlenverteilung.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit veröffentlicht.
Limburg (Lahn), den 27. November 1920.

5/275

Städtisches Betriebsamt.

Von der Reise zurück.

Sprechstunden: Sonntags 9—12 Uhr vor.

Wochentags 8—9 am., 2—4 nachm.

San.-Rat Dr. Düttmann,

Chirurg und Frauenarzt.

3/275

Handelskammer zu Limburg a. L.

Gemäß § 16 des Gesetzes über die Handelskammer ist
im Wahlbezirk Limburg eine Ergänzungswahl für das mit
Ende d. J. auscheidende Mitglied der Handelskammer zu
Limburg, Herrn Max Melas-Limburg, stattzufinden. Ferner
ist Ergänzungswahl für das verstorbene Mitglied, Herrn Direktor
Willing-Oberfelder, und das ausgeschiedene Mitglied, Herrn
Karl Korfhaus-Limburg, vorzunehmen. Die Wahlperiode des
Herrn Willing läuft bis 1921, diejenige des Herrn Korfhaus
bis 1923. Die Ergänzungswahlen finden im Anschluss an die Er-
gänzungswahl statt.

Der Termin zur Vornahme der Wahlen wird auf
Montag den 6. Dezember 1920,
nachmittags 4 Uhr
in den „Preussischen Hof“ zu Limburg anberaumt.
Limburg (Lahn), den 26. November 1920

1/275

Der Wahlkommissar:
Karl Busch.

Landwirtschaftliche Haushaltungs- Schule Limburg

für Landwirtschöchter aus der Umgebung Lim-
burgs. Beginn des Unterrichts anfangs Januar.
Dauer des Kurses 3 Monate. Unterrichtshono-
rar 150,— Mk. Anmeldungen nimmt entgegen
und Auskunft erteilt

Direktor Dr. Lutte, Bahnhofstr. 10 II.

Lederfett

schwarz, braun und gelb,

Schuhcreme

Gross- u. Kleinverkauf.

Franz Fluck, Limburg (Lahn).

Obere Grabenstrasse 20. Telefon Nr. 233.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Verlangen Sie Offerte.